

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 5. Juni 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke
über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau**

A. Zielsetzung

Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau zur Verbindung der Südumfahrung Straßburg mit der baden-württembergischen Landesstraße L 98.

B. Lösung

Der am 5. Juni 1996 unterzeichnete Vertrag trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrags geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für Bund, Länder und Gemeinden entstehen insoweit keine Kosten.

Fristablauf: 26. 09. 97

2. Haushaltsausgaben mit Vollzugsaufwand**a) Bund**

Keine wesentlichen Auswirkungen.

b) Länder

Für den Bau der Straßenbrücke im Zuge der baden-württembergischen Landesstraße L 98 trägt das Land Baden-Württemberg als Baulastträger den hälftigen deutschen Baukostenanteil (einschließlich Verwaltungskosten), der nach Kostenstand 1997 auf ca. 55 Mio. DM geschätzt wird. Personalmehrbedarf entsteht nicht.

c) Gemeinden

Keine.

E. Sonstige Kosten

Für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme entstehen durch die Ausführung des deutsch-französischen Bauprojekts – Bau einer Straßenbrücke über den Rhein als örtlich begrenzte Maßnahme – keine zusätzlichen Kosten. Das deutsch-französische Projekt ist für Bauunternehmen – auch für die mittelständischen Bauunternehmen – eine zusätzliche Chance, im Rahmen der Ausschreibung einen Auftrag zu erhalten.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 5. Juni 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke
über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 91 – De 2/97

Bonn, den 15. August 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

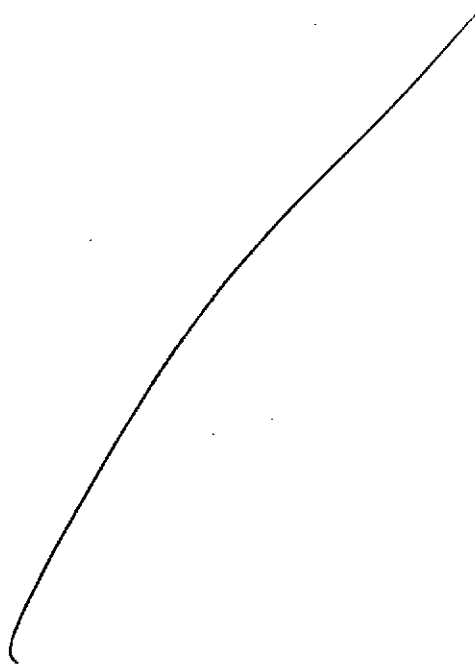
Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 5. Juni 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl



-4-

Entwurf

Gesetz
zu dem Vertrag vom 5. Juni 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke
über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Dijon am 5. Juni 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Bis zur Abnahme der Rheinbrücke gilt die Baustelle für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Vertrags bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen als französisches Hoheitsgebiet. Sie ist insoweit nicht als Inland und Steuergebiet anzusehen.

(2) Vom Zeitpunkt der Abnahme an für einen Zeitraum von zehn Jahren gilt die Rheinbrücke für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Vertrags bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen als französisches Hoheitsgebiet. Sie ist insoweit nicht als Inland und Steuergebiet anzusehen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 9 Abs. 1 des Vertrags gilt die Baustelle bis zur Abnahme der Rheinbrücke hinsichtlich der indirekten Steuern als französisches Hoheitsgebiet. Artikel 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Baustelle bis zu diesem Zeitpunkt für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts nicht als Inland und Steuergebiet gilt.

Darüber hinaus gilt die Rheinbrücke vom Zeitpunkt der Abnahme an für den Zeitraum von zehn Jahren hinsichtlich der indirekten Steuern als französisches Hoheitsgebiet. Artikel 2 Abs. 2 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Brücke ab diesem Zeitpunkt für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts nicht als Inland und Steuergebiet gilt.

Diese Regelungen tragen dem Umstand Rechnung, daß die Französische Republik nach Artikel 3 des Vertrags alle für die Errichtung des Bauwerks notwendigen Arbeiten sowie nach Artikel 7 Abs. 2 des Vertrags die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung sowie die Unterhaltung erleichtert.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkungen

Der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg hat am 30. Mai 1994 dem Abschluß eines Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zugestimmt; Art. 32 Abs. 2 des Grundgesetzes ist beachtet. Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks – Straßenbrücke im Zuge der baden-württembergischen Landesstraße L 98 – wird vom Land Baden-Württemberg als Baulastträger aus den Mitteln des Landeshaushalts getragen; insoweit entstehen dem Bund durch die Ausführung des Gesetzes keine Kosten. Der hälftige Baukostenanteil der deutschen Seite wird nach Kostenstand 1997 auf ca. 50 Mio. DM geschätzt; die Verwaltungskosten werden mit zehn vom Hundert der Baukosten berücksichtigt und ebenfalls hälftig geteilt.

Soweit die Bundesrepublik Deutschland zur Vereinfachung der Besteuerung der mit dem Bau sowie mit der Unterhaltung der Rheinbrücke zusammenhängenden Umsätze und Warenbewegungen in gewissem Umfang auf die Erhebung von Umsatzsteuern und besonderen Verbrauchsteuern verzichtet (= Verzicht auf Steuermehreinnahmen), ergeben sich keine wesentlichen kostenmäßigen Auswirkungen, da diese Steuermehreinnahmen von der öffentlichen Hand als Baulastträger zwar zu tragen wären, aber von ihr als Steuergläubiger auch vereinnahmt würden. Es ergeben sich allenfalls durch den Finanzausgleich bedingte Verschiebungen. Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme entstehen durch die Ausführung des deutsch-französischen Bauprojekts – Bau einer Straßenbrücke über den Rhein als örtlich begrenzte Maßnahme – keine zusätzlichen Kosten.

Das deutsch-französische Projekt ist für Bauunternehmen – auch für die mittelständischen Bauunternehmen – eine zusätzliche Chance, im Rahmen der Ausschreibung einen Auftrag zu erhalten.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen, sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 100 Mio. DM (geschätzt nach Kostenstand 1997) und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Altenheim und Eschau

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont routier sur le Rhin
entre Altenheim et Eschau

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Französische Republik –

im folgenden Vertragsstaaten genannt,

von dem Wunsch geleitet, die Straßenverbindungen zwischen beiden Staaten zu verbessern,

In Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze,

In dem Bestreben, daß nach der Inbetriebnahme der Brücke Altenheim – Eschau die Verkehrsverlagerungen zu einer wirklichen Entlastung der Europabrücke führen werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Vertrags

Zwischen Altenheim und Eschau wird auf deutschem Hoheitsgebiet und französischem Hoheitsgebiet eine Straßenbrücke über den Rhein, im folgenden „Rheinbrücke“ genannt, gebaut, um die Südumfahrung Straßburg mit der baden-württembergischen Landesstraße L 98 zu verbinden.

Artikel 2

Beschreibung des Bauwerks

(1) Das Bauwerk wird bei Rheinkilometer 282,8 nach der französischen Kilometrierung für einen Hochwasserabfluß von 6 500 m³/s gebaut (tausendjähriges Hochwasser).

(2) Das Bauwerk besteht aus drei Brückenfeldern mit einer Gesamtlänge von 457 m. Das mittlere Brückenfeld mit einer schrägen Länge von 205 m gestattet ein schiffbares Lichtraumprofil von mindestens 150 m Breite in der Stromachse und von 7 m Höhe über dem höchsten schiffbaren Wasserstand (148,77 NGF ortho oder 148,55 NN as). Das Bauwerk trägt eine zweistreifige Fahrbahn für Gegenverkehr und einen Radweg für beide Fahrtrichtungen auf einem 14,75 m breiten Brückenüberbau mit Schutzplanken im Abstand von 9,50 m.

Artikel 3

Ausführung der Arbeiten

(1) Die Französische Republik übernimmt die Ausführung der Rheinbrücke.

(2) Die Bauausführung umfaßt alle für die Errichtung des Bauwerks notwendigen Arbeiten einschließlich der Arbeiten an den Widerlagern und der Ausstattung.

La République fédérale d'Allemagne
et

La République française,

Ci-après dénommées les Etats contractants,

Désireuses d'améliorer les liaisons routières entre les deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière germano-française,

Convaincues que la mise en service d'un pont sur le Rhin entre Altenheim et Eschau permettra, du fait des reports de trafic, un délestage efficace du pont de l'Europe,

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Objet du Traité

Un pont routier sera construit sur le Rhin, ci-après dénommé «pont sur le Rhin», entre Eschau et Altenheim sur les territoires français et allemand aux fins de relier la Rocade Sud de Strasbourg avec la route L 98 du Bade-Wurtemberg.

Article 2

Description de l'ouvrage

(1) L'ouvrage, situé au point kilométrique 282,8 du Rhin suivant le kilométrage français sera construit pour un débit de crue 6 500 m³/s (débit millénaire).

(2) Comprenant trois travées, il aura une longueur totale de 457 mètres. La travée centrale, d'une longueur bise de 205 mètres, permettra de dégager un gabarit navigable de 150 mètres minimum de large dans l'axe du fleuve et de 7 mètres de hauteur au-dessus du niveau des plus hautes eaux navigables (148,77 NGF ortho ou 148,55 NN as). Il supportera une chaussée bidirectionnelle à deux voies et une piste cyclable bidirectionnelle sur un tablier de 14,75 mètres de largeur, dont 9,50 mètres entre dispositifs de retenue.

Article 3

Exécution des travaux

(1) La République française assurera la réalisation du pont sur le Rhin.

(2) Les travaux relatifs à l'ouvrage comprennent toutes les opérations nécessaires à sa réalisation, y compris les culées et les équipements.

(3) Die Französische Republik übernimmt die Planung, die Ausschreibung, die Auftragsvergabe und die Bauüberwachung. Sie handelt im eigenen Namen gegenüber den Unternehmern und den anderen Vertragspartnern.

(4) Das Bauwerk wird gemäß den geltenden französischen Normen und Vorschriften gebaut.

(5) Die Ausschreibung wird gemäß dem geltenden Gemeinschaftsrecht durchgeführt.

(6) Jedem Vertragsstaat obliegt es, die für die Brückenzufahrt auf seinem eigenen Hoheitsgebiet erforderlichen Bauwerke und Verkehrswege nach Baufortschritt zu erstellen.

(7) Die Bestimmungen des Protokolls 1990-I-32 der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt gelten während der Arbeiten.

Artikel 4

Kosten

(1) Die Vertragsstaaten tragen die Kosten für die Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Ausführung des Bauwerks und Überwachung der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Arbeiten je zur Hälfte; bei der Kostenaufteilung werden die Kosten für die Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe und Überwachung der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Arbeiten mit zehn vom Hundert der Baukosten berücksichtigt.

(2) Bei der Aufteilung der in Absatz 1 genannten Kosten bleibt die in diesen Kosten enthaltene französische Mehrwertsteuer unberücksichtigt; diese Steuer wird allein von der Französischen Republik getragen.

(3) Die Kosten der Unterhaltung der Rheinbrücke einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung werden während des in Artikel 7 Absatz 2 genannten Zeitraums entsprechend den Grundsätzen der Absätze 1 und 2 aufgeteilt.

Artikel 5

Bereitstellung der für die Rheinbrücke und für die Bauarbeiten notwendigen Grundstücke

Jeder Vertragsstaat hat dafür zu sorgen, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für die Errichtung der Rheinbrücke notwendigen Grundstücke dauernd oder vorübergehend zur Verfügung stehen, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 6

Zahlungen

(1) Die Französische Republik übernimmt die Vorfinanzierung. Entsprechend dem Baufortschritt stellt sie die von ihr geleisteten und gemäß Artikel 4 von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Kosten in Rechnung. Diese Kosten müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zugang der Rechnung beglichen werden.

(2) Alle Zahlungen erfolgen in französischer Währung zum Kurs der Banque de France zum Zahlungstermin.

Artikel 7

Abnahme und Unterhaltung

(1) Nach Abschluß der Arbeiten wird das Bauwerk von den zuständigen Behörden der Französischen Republik in Gegenwart der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Unternehmer abgenommen.

(2) Vom Zeitpunkt der Abnahme des Bauwerks an übernimmt die Französische Republik die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren.

(3) La République française se chargera des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux. Elle agira en son nom propre à l'égard des entrepreneurs et des autres partenaires contractuels.

(4) L'ouvrage sera construit conformément aux normes françaises en vigueur.

(5) L'appel d'offres sera lancé conformément au droit communautaire applicable.

(6) Il incombera à chacun des Etats contractants de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire, au fur et à mesure de la progression des travaux.

(7) Les dispositions du Protocole 1990-I-32 de la Commission Centrale pour la Navigation sur le Rhin seront appliquées pendant les travaux.

Article 4

Coûts

(1) Les Etats contractants supportent à part égale les coûts des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication, de la construction de l'ouvrage et de la surveillance des travaux cités à l'article 3.2. Pour ce qui est de la ventilation des coûts, les coûts des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux cités à l'article 3.2 sont réputés égaux à 10 pour cent du coût de la construction de l'ouvrage.

(2) Lors de la ventilation des coûts visés au paragraphe 1, il ne sera pas tenu compte de la taxe sur la valeur ajoutée française incluse dans ces coûts; cette taxe est à la charge exclusive de la République française.

(3) Pendant la période indiquée à l'article 7, paragraphe 2, les coûts d'entretien du pont sur le Rhin – y compris le service hivernal et le nettoyage courant – seront ventilés selon les principes des paragraphes 1 et 2 du présent article.

Article 5

Libération des emprises du pont sur le Rhin et des terrains nécessaires aux travaux

Chacun des Etats contractants devra s'assurer que sont disponibles, sur son propre territoire, de manière temporaire ou permanente, les terrains nécessaires à la construction du pont sur le Rhin et supportera les dépenses correspondantes.

Article 6

Règlement des dépenses

(1) La République française assurera le préfinancement. Au fur et à mesure de la progression des travaux, elle établira des décomptes relatifs aux dépenses par elle engagées et qui, conformément à l'article 4, sont à la charge de la République fédérale d'Allemagne. Le règlement de ces dépenses devra intervenir dans un délai n'excédant pas trois mois à compter de la réception des décomptes.

(2) Tous les règlements seront effectués en monnaie française, au taux de change appliqué par la Banque de France à la date de règlement.

Article 7

Réception et entretien

(1) Après l'achèvement des travaux, les autorités compétentes de la République française procéderont à la réception de l'ouvrage, en présence des représentants de la République fédérale d'Allemagne et des entrepreneurs.

(2) La République française se chargera de l'entretien de l'ouvrage et notamment du service hivernal et du nettoyage courant pendant une période de dix ans à compter de la réception.

(3) Nach Ablauf dieses Zeitraums wird der auf deutschem Hoheitsgebiet befindliche Teil des Bauwerks der Bundesrepublik Deutschland übergeben. Jeder Vertragsstaat übernimmt danach die Unterhaltung auf seinem eigenen Hoheitsgebiet und legt im Einvernehmen mit dem anderen Vertragsstaat die als notwendig erachteten Arbeiten fest. Die zuständigen Verwaltungen können vereinbaren, daß eine von ihnen den Winterdienst, die laufende Reinigung sowie bestimmte Unterhaltungsarbeiten für das gesamte Bauwerk gegen Erstattung der entsprechenden Kosten übernimmt.

Artikel 8

Betreutungsrecht

(1) Die Personen, die in einem der Dienstleistungsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums beschäftigt sind, welche die Französische Republik mit der Ausführung des Bauwerks beauftragt hat, sind befugt, ihre Arbeit auf dem Hoheitsgebiet der beiden Vertragsstaaten auszuführen, ohne daß sie hierfür eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis beantragen müssen, wenn sie Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums sind.

(2) Die Staatsangehörigen von nicht der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden Staaten, die in einem Dienstleistungsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums beschäftigt sind, können ihre Arbeit ohne vorherige Beantragung einer Arbeitserlaubnis ausführen, wenn dieses Dienstleistungsunternehmen sie regelmäßig und ständig beschäftigt. Voraussetzung ist die Erteilung eines Visums, soweit dieses erforderlich ist, und einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt von mehr als drei Monaten auf dem Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats. Die Personen, die nicht der Visumpflicht unterliegen, benötigen für einen vorübergehenden Aufenthalt von mehr als drei Monaten auf dem Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats eine Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis und das Visum, soweit dieses erforderlich ist, werden vorbehaltlich der Bestimmungen über die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Gesundheit automatisch erteilt.

(3) Die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepaß mit sich führen, der den zuständigen Behörden jedes Vertragsstaats jederzeit vorgezeigt werden kann. Die Staatsangehörigen von Staaten, die weder Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch des Europäischen Wirtschaftsraums sind, müssen einen gültigen Reisepaß mit sich führen, der den zuständigen Behörden jedes Vertragsstaats jederzeit vorgezeigt werden kann. Weiterhin müssen alle in diesem Artikel genannten Personen einen zusätzlichen Ausweis mit sich führen, der den Behörden des Aufnahmestaats vorgezeigt werden kann, damit ihre Zugehörigkeit zum begünstigten Personenkreis jederzeit nachgewiesen werden kann.

(4) Jeder Vertragsstaat nimmt jederzeit und ohne Formalitäten die in Absatz 2 genannten Personen wieder auf, die unter Verletzung dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingedrungen sind oder sich dort aufgehalten haben.

Artikel 9

Steuer- und zollrechtliche Regelungen

(1) Hinsichtlich der indirekten Steuern auf Lieferungen von Gegenständen und auf Dienstleistungen sowie auf den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen, die für den Bau oder die Unterhaltung einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung der Rheinbrücke bestimmt sind, gilt

(3) A l'expiration de ce délai, la partie du pont sur le Rhin située en territoire allemand sera remise à la République fédérale d'Allemagne. Chacun des Etats contractants assumera ensuite l'entretien sur son propre territoire et déterminera, en accord avec l'autre Etat contractant, les travaux qui s'avéreront nécessaires. Les administrations compétentes pourront convenir que l'une d'entre elles se chargera, moyennant le remboursement des frais correspondants, d'assurer le service hivernal, le nettoyage courant, ainsi que différents travaux d'entretien sur la totalité du pont sur le Rhin.

Article 8

Droit d'entrée sur les territoires nationaux respectifs

(1) Les personnes employées dans une des entreprises prestataires de services, dont le siège se trouve dans un Etat membre de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen et qui sont désignées par la République française aux fins de réalisation de l'ouvrage sont autorisées à exercer leur activité sur le territoire des deux Etats contractants, sans avoir à solliciter d'autorisation de séjour ou de travail s'ils sont ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen.

(2) Les ressortissants d'Etats non-membres de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen qui sont employés par une entreprise prestataire de services dont le siège se trouve dans un Etat membre de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen, pourront exercer leur activité sans avoir à solliciter une autorisation de travail, si cette entreprise prestataire de services les emploie de façon régulière et habituelle. Ceci s'applique sous réserve de l'obtention d'un visa, lorsqu'il est requis, et de la délivrance d'un titre de séjour temporaire pour un séjour de plus de trois mois sur le territoire de l'Etat contractant concerné. Les personnes qui ne sont pas soumises à l'obligation d'obtenir un visa doivent être munies d'un titre de séjour pour un séjour temporaire de plus de trois mois sur le territoire de l'Etat contractant concerné. Le titre de séjour et, le cas échéant, le visa seront délivrés automatiquement, sous réserve des dispositions relatives à l'ordre public, à la sécurité publique et à la santé publique.

(3) Les ressortissants d'Etats membres de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen, doivent être munis d'une carte d'identité ou d'un passeport en cours de validité susceptible d'être présenté à tout moment aux autorités compétentes de chaque Etat contractant. Les ressortissants d'Etats non membres de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen doivent obligatoirement être munis d'un passeport en cours de validité susceptible d'être présenté à tout moment aux autorités compétentes de chaque Etat contractant. Par ailleurs, toutes les personnes visées au présent article doivent être munies d'une pièce justificative supplémentaire susceptible d'être présentée aux autorités de l'Etat d'accueil afin de pouvoir attester à tout moment de leur qualité de personne bénéficiant des dispositions du présent Traité.

(4) Chacun des Etats contractants réintégrera à tout moment et sans formalité les personnes visées au paragraphe 2 du présent article, qui auront pénétré ou se seront maintenues sur le territoire national de l'autre Etat contractant en violation du présent Traité.

Article 9

Dispositions fiscales et douanières

(1) En ce qui concerne les impôts indirects, pour les livraisons de biens et les prestations de services ainsi que les acquisitions intracommunautaires et les importations de biens destinés à la construction ou à l'entretien du pont sur le Rhin, y compris le service hivernal et le nettoyage courant du pont sur le Rhin:

- die Baustelle bis zur Abnahme der Rheinbrücke als französisches Hoheitsgebiet,
- die Rheinbrücke vom Zeitpunkt der Abnahme an für den Zeitraum von zehn Jahren als französisches Hoheitsgebiet.

(2) Während der in Absatz 1 bezeichneten Zeiträume, in denen zunächst die Baustelle und dann die Rheinbrücke als französisches Hoheitsgebiet gelten, sind die Beamten der Steuer- und Zollbehörden eines Vertragsstaats berechtigt, sich auf dem Teil der Baustelle und nach der Abnahme auf dem Teil der Rheinbrücke aufzuhalten, der auf dem geographischen Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, um dort eine Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse des Betriebs durchzuführen. Prüfungen der Buchführung der Steuerpflichtigen unterliegen dem innerstaatlichen Recht jedes Vertragsstaats.

(3) Dieser Vertrag berührt nicht die Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in Verbindung mit einem Zusatzprotokoll und einem Briefwechsel in der Fassung der Nachträge vom 9. Juni 1969 und vom 28. September 1989 und unter Berücksichtigung möglicher nachträglicher Änderungen.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine französisch-deutsche Gemischte Kommission gebildet. Der Vorsitz der Kommission wird abwechselnd von den Delegationsleitern für jeweils sechs Monate wahrgenommen. Die Empfehlungen der Kommission werden im Einvernehmen abgegeben. Die Kommission setzt sich aus Vertretern folgender Behörden zusammen:

- a) Deutsche Delegation:
 - Verkehrsministerium Baden-Württemberg,
 - Regierungspräsidium Freiburg,
 - Straßenbauamt Offenburg;
- b) Französische Delegation:
 - Direction Régionale de l'Équipement d'Alsace,
 - Direction Départementale de l'Équipement du Bas-Rhin,
 - Service des Routes Nationales de la Direction Départementale de l'Équipement du Bas-Rhin.

Die Gemischte Kommission kann Vertreter anderer Behörden der beiden Vertragsstaaten (beispielsweise Zoll- und Schiffsbehörden) hinzuziehen.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten Empfehlungen zu folgenden Punkten zu unterbreiten:

- a) Fragen, die sich bei der Durchführung dieses Vertrags ergeben, mit Ausnahme der steuer- und zollrechtlichen Fragen,
- b) Billigung der Abschlagszahlungen und der Zahlungsmodalitäten,
- c) Festlegung der Verfahren für die in Artikel 7 vorgesehene Übertragung der Unterhaltung nach Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren,
- d) Koordinierung der Unterhaltungsmaßnahmen,
- e) Schlußabrechnung vor der Übersendung an die Bundesrepublik Deutschland.

- le chantier est considéré comme territoire français jusqu'à la réception du pont sur le Rhin;
- le pont sur le Rhin est considéré comme territoire français à partir de la réception et pendant dix ans à compter de cette date.

(2) Pendant les périodes visées au paragraphe 1 du présent article, au cours desquelles le chantier puis le pont sur le Rhin sont considérés comme territoire français, les fonctionnaires des autorités fiscales et douanières d'un Etat contractant sont autorisés à séjourner sur la partie du chantier, ainsi que du pont sur le Rhin après réception, qui est située sur le territoire géographique de l'autre Etat contractant, afin d'y procéder à la constatation matérielle d'éléments physiques d'exploitation. Les procédures de recherche, d'enquête et de contrôle de la comptabilité des contribuables sont régies par le droit interne de chaque Etat contractant.

(3) Le présent Traité n'affecte pas l'application des dispositions de la convention entre la République française et la République fédérale d'Allemagne du 21 juillet 1959, en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières, ensemble un protocole additionnel et un échange de lettres, telle que modifiée par les avenants signés le 9 juin 1969 et le 28 septembre 1989, et compte tenu de tout amendement ultérieur éventuel.

Article 10

Commission mixte

(1) Il est constitué une Commission mixte franco-allemande. La présidence de la Commission est assurée alternativement par les chefs de délégation pour une période de six mois chacun. La Commission arrête ses recommandations d'un commun accord. Elle est composée des représentants des autorités suivantes:

- a) Délégation allemande:
 - Ministère des transports de Bade-Wurtemberg (Verkehrsministerium Baden-Württemberg),
 - Présidence du Gouvernement de Fribourg (Regierungspräsidium Freiburg),
 - Services des travaux routiers d'Offenbourg (Strassenbauamt Offenburg);
- b) Délégation française:
 - Direction Régionale de l'Équipement d'Alsace,
 - Direction Départementale de l'Équipement du Bas-Rhin,
 - Service des Routes Nationales de la DDE du Bas-Rhin.

Elle pourra associer d'autres administrations des deux Etats contractants (Douanes, Services de la Navigation, etc. ...).

(2) La Commission mixte est chargée de présenter des recommandations aux autorités compétentes des deux Etats contractants concernant les points suivants:

- a) questions soulevées par l'application du présent Traité à l'exception des questions fiscales et douanières,
- b) approbation des acomptes à verser et des modalités de règlement,
- c) fixation des procédures du transfert d'entretien prévu à l'article 7 qui aura lieu à l'expiration de la période de dix ans,
- d) coordination des mesures d'entretien,
- e) décompte final avant qu'il ne soit transmis à la République fédérale d'Allemagne.

(3) Jede Delegation kann von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Vorlage der Unterlagen verlangen, die sie zur Vorbereitung der Empfehlungen der Kommission als notwendig erachtet.

Artikel 11

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die in Artikel 10 dieses Vertrags vorgesehene Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Falls keine Einigung zustande kommt, kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 12

Besondere Bestimmungen

(1) Zur Durchführung dieses Vertrags gilt entsprechend den Bestimmungen des Abkommens vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der französisch-deutschen Grenze die Mitte der Rheinbrücke als Grenze zwischen den Vertragsstaaten.

(2) Die Vertragsstaaten sorgen dafür, daß die Funktion der jetzigen Rheinbrücke als Verbindung zwischen der deutschen Bundesstraße 28 und der französischen Nationalstraße 4 gewährleistet bleibt und daß die Europabrücke auch dem verbleibenden Schwerverkehr offensteht. Zu diesem Zweck bemüht sich die Französische Republik, vor Fertigstellung der Rheinbrücke Altenheim – Eschau die Zufahrt zur Europabrücke durch einen vierstreifigen Ausbau auf der gesamten Länge zu verbessern.

Artikel 13

Übermittlung personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Vertrags personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage, die Bestandteil des Vertrags ist.

Artikel 14

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn erfolgt.

Geschehen zu Dijon am 5. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Kinkel
M. Carstens

Für die Französische Republik
Pour la République française
de Charette
Pons

(3) Chaque délégation peut se faire présenter par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant les pièces qu'elle estime nécessaires pour préparer les recommandations de la Commission.

Article 11

Règlement des différends

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent être réglés par les autorités compétentes des Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander l'avis de la Commission mixte prévue par l'article 10 du présent Traité. A défaut d'un accord, les Etats contractants pourront avoir recours à la voie diplomatique.

Article 12

Dispositions particulières

(1) Aux fins du présent Traité, la frontière entre les Etats contractants est réputée fixée au milieu du pont sur le Rhin conformément aux dispositions de l'accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes et bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-allemande.

(2) Les Etats contractants veilleront à ce que la fonction de l'actuel franchissement du Rhin en tant que liaison entre la Bundesstrasse 28 et la route nationale n° 4 soit préservée et que le pont de l'Europe reste ouvert y compris au trafic poids lourds résiduel. A cet effet, la République française s'efforcera d'améliorer l'accès au pont de l'Europe par une mise à quatre voies sur toute sa longueur avant l'achèvement du pont sur le Rhin d'Altenheim – Eschau.

Article 13

Communications de données à caractère personnel

Les communications de données à caractère personnel auxquelles pourra donner lieu l'application du présent Traité sont soumises aux dispositions de l'Annexe, qui fait partie intégrante dudit Traité.

Article 14

Ratification et entrée en vigueur

(1) Le présent Traité est soumis à ratification.

(2) Il entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification, qui aura lieu à Bonn.

Fait à Dijon, le 5 juin 1996, en double exemplaire chacun en langue allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Anlage

Soweit die zuständigen Behörden eines Vertragsstaats zur Durchführung dieses Vertrags den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermitteln, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der Rechtsvorschriften, die auf dem Hoheitsgebiet der beiden Vertragsstaaten jeweils zur Anwendung kommen:

1. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur in Übereinstimmung mit dem Ziel des vorliegenden Vertrags zulässig.
2. Personenbezogene Daten dürfen nur den zuständigen Stellen übermittelt werden. Eine Weiterübermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die Übermittlungsverbote zu beachten, die gemäß den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten gelten. Erweist sich, daß Daten, die im Hinblick auf den Zweck ihrer Erfassung oder ihrer späteren Bearbeitung unrichtig oder unvollständig sind, oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist dann verpflichtet, die entsprechenden Daten zu berichtigen oder zu löschen.
4. Im Rahmen seiner Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts kann ein Vertragsstaat sich gegenüber dem Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet der empfangende Vertragsstaat Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet der Vertragsstaat, der die Daten übermittelt hat, den Gesamtbetrag des Ersatzes, der von dem empfangenden Vertragsstaat geleistet worden ist.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen ist das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, durch die Rechtsvorschriften geregelt, die auf dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaats gelten, der um die Übermittlung von Daten ersucht wird.
6. Sind in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der übermittelnden Stellen Fristen für die Löschung der übermittelten personenbezogenen Daten vorgesehen, so hat die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle hiervon zu unterrichten. Unabhängig davon sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie zu dem Zweck ihrer Erfassung oder ihrer späteren Bearbeitung nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderungen und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
9. Die Bestimmungen zur gegenseitigen Amts- und Rechtshilfe zwischen den Vertragsstaaten in den Bereichen Steuer- und Zollrecht bleiben von den Bestimmungen dieses Anhangs unberührt.

Annexe

Dans la mesure où, aux fins du présent Traité, des données à caractère personnel sont communiquées par des autorités compétentes d'un Etat contractant aux autorités compétentes de l'autre Etat contractant, les dispositions ci-après sont mises en œuvre, dans le respect du droit applicable sur le territoire de chacun des Etats contractants.

1. L'utilisation de données par le service destinataire est admise aux seules fins du présent Traité.
2. Les données à caractère personnel ne doivent être transmises qu'aux services compétents. La communication à d'autres services est soumise à l'autorisation préalable des services émetteurs.
3. Le service émetteur s'engage à veiller à l'exactitude des données communiquées, au caractère nécessaire de la communication et à l'absence de disproportion entre les données et l'objectif recherché. A cet égard, les motifs de non-communication en vigueur selon le droit applicable dans chacun des Etats contractants s'appliquent. S'il s'avère qu'ont été communiquées des données inexactes ou incomplètes au regard des finalités pour lesquelles elles sont collectées ou pour lesquelles elles sont traitées ultérieurement, ou qui n'auraient pas dû être communiquées, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est alors dans l'obligation de procéder à la correction ou à la destruction de ces données.
4. Un Etat contractant ne peut invoquer le fait que l'autre Etat contractant ait transmis des données incorrectes pour se décharger de la responsabilité qui lui incombe conformément à son droit national, à l'égard d'une personne lésée. Si l'Etat contractant destinataire est tenu à réparation en raison de l'utilisation des données incorrectes transmises, l'Etat contractant qui a transmis les données rembourse intégralement les sommes versées en réparation par l'Etat contractant destinataire.
5. A sa demande, la personne concernée obtiendra toute information sur les données communiquées à son sujet ainsi que sur l'utilisation qu'il est prévu d'en faire. Le droit de l'intéressé à obtenir des informations sur les données existantes le concernant est défini par ailleurs par le droit applicable sur le territoire de l'Etat contractant auquel l'information est demandée.
6. Dans la mesure où le droit national s'appliquant au service émetteur prévoit des délais d'effacement des données à caractère personnel communiquées, le service émetteur en informera le destinataire. Indépendamment de ces délais, les données à caractère personnel communiquées doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux finalités pour lesquelles elles sont collectées ou pour lesquelles elles sont traitées ultérieurement.
7. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à prendre acte de la communication et de la réception de données à caractère personnel.
8. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à protéger efficacement les données à caractère personnel communiquées contre tout accès, modification et publication non autorisés de celles-ci.
9. Les règles d'assistance administrative et juridique réciproque qui lient les Etats contractants dans les domaines fiscaux et douaniers ne sont pas affectées par les dispositions de la présente Annexe.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Am 5. Juni 1996 ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau unterzeichnet worden.

Der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg hatte zuvor am 30. Mai 1994 dem Abschluß eines Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zugestimmt.

Durch den Bau der Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau wird die Südumfahrung Straßburg mit der baden-württembergischen Landesstraße L 98 verbunden. Die Bauarbeiten für die Straßenbrücke zwischen Altenheim und Eschau sollen möglichst im Jahre 1998 begonnen und im Jahre 2002 abgeschlossen werden. Es wird erwartet, daß die neue Rheinbrücke die Europabrücke Kehl/Straßburg im Zuge der deutschen B 28 und der französischen N 4 vom Regionalverkehr entlastet.

II. Besonderes

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Vertrags: Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau zur Verbindung der Südumfahrung Straßburg mit der baden-württembergischen Landesstraße L 98.

Artikel 2 enthält eine technische Beschreibung des Bauwerks.

Artikel 3 weist die Ausführung der für den Bau der Brücke notwendigen Arbeiten der Französischen Republik zu; die Bestimmungen des Protokolls 1990 – I – 32 der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt sind zu beachten.

Artikel 4 sieht vor, daß die Vertragsstaaten die Kosten für den Bau der Brücke je zur Hälfte tragen. Der deutsche Kostenanteil ist innerstaatlich vom Land Baden-Württemberg als Baulastträger der L 98, in deren Zug die Brücke errichtet wird, zu tragen.

Artikel 5 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet. Auch diese Verpflichtung ist innerstaatlich vom Land Baden-Württemberg zu erfüllen.

Artikel 6 weist die Vorfinanzierung der Französischen Republik zu, die die Bauausführung übernommen hat.

Artikel 7 regelt die Unterhaltung des Bauwerks. Der Vertragsstaat, der die Bauausführung übernommen hat, muß das Bauwerk zehn Jahre lang – Dauer der Gewährleistungsfrist nach französischem Recht – unterhalten. Nach Ablauf des Zehnjahreszeitraums übernimmt jeder Vertragsstaat die Unterhaltung des auf seinem Hoheitsgebiet liegenden Teils des Brückenbauwerks.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau der Brücke beteiligten Personen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten dürfen und sich im Bereich der Baustelle aufhalten dürfen.

Artikel 9 ordnet die Baustelle bis zur Abnahme der Brücke und die Brücke nach ihrer Abnahme für einen Zeitraum von zehn Jahren dem französischen Hoheitsgebiet zu. Dadurch wird hinsichtlich der indirekten Steuern aus Gründen der Vereinfachung und Zweckmäßigkeit eine einheitliche Behandlung und Abwicklung des grenzüberschreitenden Bauvorhabens sowie der Unterhaltungsmaßnahmen einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung ermöglicht.

Artikel 10 sieht die Bildung einer deutsch-französischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau der Brücke anfallende bautechnische Fragen einver-

nehmlich klären und bestimmte, nach dem Vertrag notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 11 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 12 enthält folgende Durchführungsbestimmungen:

- Entsprechend den Bestimmungen des Abkommens vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der französisch-deutschen Grenze gilt die Mitte der Brücke als Grenze zwischen den Vertragsstaaten.
- Es wird sichergestellt, daß die Europabrücke Kehl/Straßburg im Zuge der deutschen B 28 und der französischen N 4 auch weiterhin dem verbleibenden Schwerverkehr offensteht.

Artikel 13 stellt sicher, daß der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 14 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

III. Zur Anlage

Die Anlage enthält detaillierte Regelungen zu dem nach Artikel 13 zu gewährleistenden Datenschutz.

26.09.97

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 5. Juni 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Altenheim und Eschau

Der Bundesrat hat in seiner 716. Sitzung am 26. September 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.